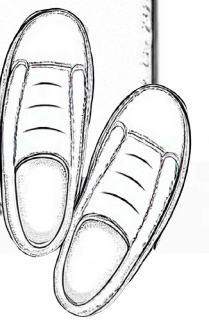
Wohnungslosigkeit kann heimgehen!



Ein Wegweiser zu leistbarem, dauerhaftem und inklusivem Wohnen für alle

BAWO
Wohnen
für alle

Wohnungslosigkeit beenden: So geht's

Österreich wird oft als Vorzeigeland für leistbares Wohnen gesehen. Doch dieses Versprechen kommt nicht bei allen an. 20.500 Menschen, dazu eine hohe Dunkelziffer, sind obdach- oder wohnungslos. 40% der armutsgefährdeten Haushalte zahlen über 40% ihres geringen Einkommens an Wohnkosten, die regelmäßig stärker als Einkommen ansteigen.

Dass Menschen ihre Wohnung verlieren oder keinen leistbaren Wohnraum finden, ist also längst kein Randphänomen mehr. Wohnen wird zum Risiko für viele.

Die Folgekosten von steigender Wohnungslosigkeit wären fatal: Für Sozialstaat, Gesundheitssystem und Volkswirtschaft ist es von Vorteil, wenn alle Menschen sicher wohnen.

Die gute Nachricht: Österreich besitzt die Voraussetzungen, um Wohnungslosigkeit signifikant zu reduzieren. Wie dieser Weg aussehen kann, zeigt dieses Heft.

Was zu tun ist

- Erstellen wir eine Strategie zur Beendigung von Wohnungslosigkeit mit dem **Housing First** Ansatz im Kern und bauen wir **WOHN**SCHIRM **HOUSING FIRST** aus.
- Setzen wir wohnpolitische Maßnahmen, die **dauerhaftes, inklusives** und **für alle leistbares Wohnen** möglich machen.
- Verhindern wir, dass Menschen ihre Wohnung verlieren und bauen wir Angebote zur **Wohnungssicherung**, insbesondere **WOHN**SCHIRM **MIETE**, weiter aus.
- Kürzungen bei Sozialleistungen führen zu mehr Armut, Perspektivenlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Sorgen wir stattdessen für **gute Löhne** und eine **armutsfeste Soziahilfe**.

Wohnen betrifft alle

Warum die Abschaffung von Wohnungslosigkeit gesellschaftliche Verpflichtung ist

Christoph Reinprecht

"Un": Kein anderes Präfix repräsentiert besser die aktuelle Krise des Wohnens: Unzugänglich, unzureichend, unsicher, unbezahlbar, unwürdig, ungenügend, unzumutbar, unbewohnbar. Auch in Österreich nimmt die Zahl derjenigen zu, die ohne eigenen Wohnraum sind; die in sehr unsicheren Wohnverhältnissen leben; oder sich das Wohnen nicht mehr leisten können, obwohl sie erwerbstätig sind. Die Dunkelziffer von Wohnungslosigkeit und anderen Formen ungesicherten Wohnens ist groß, je nach Schätzung liegt sie bis zu sechsmal über den offiziellen Statistiken.

Wohnkostenüberlastung, auch so ein Unwort der von Euphemismen überschwemmten Gegenwart. In Europa sind rund 82 Millionen Menschen durch eine Wohnkostenüberlastung in ihrer Existenz gefährdet: Sie geben über 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens fürs Wohnen aus. In Österreich erfahren Hunderttausende Menschen Monat für Monat, dass ein immer größerer Teil ihres Haushaltsbudgets ins Wohnen fließt und für andere Bereiche des Lebens kaum mehr Geld übrigbleibt. Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien, ältere Menschen mit niedrigen Pensionszahlungen, zugewanderte Arbeitskräfte spüren dies am stärksten. Aber die Gefahr, in eine Deprivationsspirale zu geraten, reicht bis weit in die Mittelschichten hinein.

Wohnungslosigkeit als generalisiertes Risiko. Zwei gesellschaftliche Entwicklungen kollidieren heute. Da ist zum einen das Bedürfnis nach größerer Offenheit und selbstbestimmter Lebensführung bis ins höhere Alter hinein, gepaart mit ökonomisch erzwungener Veränderung, der Notwendigkeit zu räumlicher, auch grenzüberschreitender Mobilität. Ein mehrmaliger Wechsel von Wohnort und Wohnform hat sich normalisiert. Da ist zum anderen ein Wohnungsmarkt, der sich jede Veränderung teuer bezahlen lässt oder schlicht und einfach bestraft. Europäischen Vergleichsstudien zufolge ist die Befristung

von Mietverträgen am privaten Mietwohnungsmarkt eine der Hauptgründe für die stark anwachsende Wohnkostenüberbelastung. In Österreich ist die Mehrheit neuer Hauptmieten befristet, wie viele junge Menschen und all jene, die neu in den Wohnungsmarkt einsteigen, erfahren müssen. Befristete Mietverträge pervertieren die Idee eines selbstbestimmten, gelingenden Lebens. Der Markt fordert und forciert Flexibilisierung. Und profitiert sodann von jeder Veränderung des Wohnortes, ob frei gewählt oder erzwungen, große Dringlichkeit lässt er sich besonders teuer bezahlen. Der in Österreich, vor allem in Wien, wichtige genossenschaftliche und kommunale Wohnbau kann diese Problematik nicht abfangen. Die Mieten sind hier zwar in der Regel unbefristet; rechtlich-administrative Bestimmungen und Zuweisungspraktiken schränken den freien Zugang aber stark ein. Und obwohl Mieten im sozialen Sektor im Schnitt niedriger sind, ist Wohnkostenüberlastung auch hier eine (wenngleich ungern wahrgenommene) Realität.

Wohnen betrifft alle. Wohnen ist Teil einer Grundversorgung, Grundbedingung für jede Form gesellschaftlicher Teilhabe, sei es am Arbeitsmarkt, in Zusammenhängen von Bildung und Ausbildung, Freizeit und Konsum, für die Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, an erfüllter Partnerschaft und Familie. Man muss immer wohnen, egal wo, schreibt der von Nazis ins Exil vertriebene Philosoph Vilém Flusser. Und: Eine Wohnung ist mehr als ein Dach überm Kopf. Sie bindet uns in die Welt ein. Einen konkreten Ort zu bewohnen, schafft Sicherheit und Kontinuität, vermittelt Zugehörigkeit, Orientierung, Sozialität, stärkt Handlungsfähigkeit und Verwirklichungschancen.

Warum die Abschaffung der Wohnungslosigkeit gesellschaftliche Verpflichtung ist: Für die Sicherung der Lebensqualität, gesamtgesellschaftlich sowie in Hinblick auf die individuelle Wahrnehmung von Lebenschancen, ist die Lösung der Wohnungsfrage zentral, und das gilt ganz besonders für die vom ökonomischen System Marginalisierten. Es mag kein einfaches Unterfangen sein und ist in hohem Maße konfliktbehaftet, aber es ist heute von entscheidender Bedeutung, wer die Oberhand gewinnt: „die blinde, selbstorganisatorische Macht der Ökonomie oder die sozial gestaltende Macht der Politik“ (Günther Dux).

Den Kommunen kommt in der Wohnungsfrage eine Schlüsselrolle zu, denn sie sind es, die mit der Misere vertraut sind, denen die Mängelverwaltung zufällt und die wir adressieren sollten, wenn es um die Formierung von Allianzen geht für ein Grundrecht auf Wohnen und Wohnraum. Im Bewusstsein, dass die Wohnungsfrage nicht losgelöst von anderen gesellschaftspolitisch relevanten Entwicklungen zu sehen ist: sei es der Verteilung der Einkommen, den wachsenden Ungleichheiten, den sich verändernden Lebens- und Familienformen, der Herausbildung neuer Haushaltskonstellationen oder den Wandel von Geschlechterrollen und Geschlechtsidentitäten. Wohnen ist eben nicht lediglich eine Art Behausung, sondern ein komplexer sozialer Zusammenhang.

Christoph Reinprecht ist außerordentlicher Universitätsprofessor für Soziologie an der Universität Wien und beschäftigt mit sich inklusiven und exkludierenden Mechanismen des Wohnens.

Was man häufig über Wohnungslosigkeit hört

„Menschen werden immer Krisen haben. Wohnungslosigkeit wird sich darum nicht vermeiden lassen.“

„Obdachlose Menschen wollen gar keine Hilfe. Niemand müsste in Österreich auf der Straße schlafen.“

„Viele sind wohnungslos, weil sie suchtkrank sind. Bevor diese Menschen wohnen können, müssen sie clean werden.“

„Bei uns gibt es keine Wohnungslosigkeit. Das ist ein Großstadt-Thema.“

„Wohnungslosigkeit ist ein Randphänomen, das immer existieren wird. Das hat keine Priorität.“

Was wir über Wohnungslosigkeit wissen

Individuelle Krisen lassen sich strukturell auffangen. Ja, Krisen kann man schwer vermeiden. Aber sozial- und wohnpolitische Maßnahmen können verhindern, dass Menschen dadurch ihre Wohnung verlieren und sich Krisen verfestigen.

Ein Bett in einer Notschlafstelle kann Leben retten. Aber es ist keine nachhaltige Lösung. Viele, besonders Frauen*, fühlen sich in diesen Einrichtungen nicht sicher. Wir müssen auf diese Bedarfe eingehen und nachhaltige Wege aus der Wohnungslosigkeit in die eigene Wohnung bieten.

Erst in der Sicherheit der eigenen Wohnung lassen sich Krisen bewältigen. Dort können Menschen individuell betreut werden. In Österreich sind rund 370.000 Menschen alkoholabhängig. Dass nur ein Bruchteil davon wohnungslos ist, zeigt, dass sich auch mit Suchterkrankung wohnen lässt.

Betroffene am Land halten ihre Situation tendenzell verdeckt, übernachten bei Bekannten oder leben in Abhängigkeitsbeziehungen. Wenn das nicht mehr möglich ist, finden sie Hilfsangebote meist nur in größeren Städten. Wohnungslosigkeit dort anzugehen, wo sie auftritt, sorgt dafür, dass Menschen an dem Ort bleiben können, wo sie Zuhause sind.

Über 300.000 Menschen in Österreich haben eine Phase der Wohnungslosigkeit erlebt, zeigen EU-SILC-Daten. Eine gute Sozial- und Wohnpolitik schützt vor diesen Abstiegsszenarien und stärkt gesamtgesellschaftlich das Gefühl sozialer Sicherheit.

Housing First beendet Wohnungslosigkeit

Housing First heißt: Wohnungslose Menschen erhalten direkt Zugang zur eigenen Wohnung und bedarfsorientierte sozialarbeiterische Unterstützung. Dieser Ansatz muss Kern einer nationalen Strategie zur Beendigung von Wohnungslosigkeit sein. Die Bundesregierung bekennt sich bereits zum Housing First Ansatz, mit **WOHN**SCHIRM **HOUSING FIRST** setzt ihn das Sozialministerium als Programm um.

Housing First sichert nachhaltig Wohnverhältnisse, fördert Inklusion, Teilhabe und Gesundheit[1] und stärkt Menschen in ihrer Selbstbestimmung. Der gesellschaftlich-ökonomische Nutzen liegt in der Reduktion von Folgekosten wie bspw. im Gesundheitssystem. So spart Finnland jährlich dank seiner umfassenden Housing First Strategie etwa € 15.000 pro andernfalls wohnungsloser Person.

Housing First beendet Wohnungslosigkeit dort, wo sie entsteht. Das gilt auch im ländlichen Raum oder in kleineren Gemeinden. So sehen sich Betroffene nicht mehr gezwungen, Unterstützung in Ballungsräumen zu suchen. Stattdessen behalten sie ihre sozialen Strukturen vor Ort und wohnen weiterhin, wo sie zuhause sind.
Wenn Housing First strukturell zum Einsatz kommt, macht das den Wohnungsmarkt inklusiver. Dazu braucht es:

- finanzielle Mittel, um Einstiegshürden (Finanzierungsbeiträge, Kautionen, Umzugskosten) zu nehmen
- dauerhafte Förderung von mobiler sozialarbeiterischer Unterstützung
- ausreichend leistbaren Wohnraum und existenzsichernde soziale Transferleistungen

Was zu tun ist

Housing First ist der geeignete Weg, um innerhalb einer bundesweiten Strategie Wohnungslosigkeit zu beenden. Verankern wir den Ansatz dauerhaft in Abstimmung mit Ländern und Gemeinden und sorgen wir für nachhaltige, krisensichere Finanzierung von **WOHN**SCHIRM **HOUSING FIRST**.

Finden wir heraus, wie viele Menschen wohnungslos sind

Derzeit wissen wir erschreckend wenig darüber, wer und wie viele Menschen wohnungslos sind. Die Statistik Austria erfasst zwar registrierte Wohnungslosigkeit, die unterschiedlichsten Formen verdeckter Wohnungslosigkeit sind hier aber nicht mitgezählt. Auch wissen wir nicht, wie viele Menschen tatsächlich auf der Straße leben.

Eine Machbarkeitsstudie der ÖAW[2] legt dar, wie Obdach- und Wohnungslosigkeit in all seinen Formen statistisch erfasst werden kann.

Was zu tun ist

Gute Daten sind der Schlüssel für zielgerichtete Maßnahmen. Erheben wir Obdach- und Wohnungslosigkeit in Österreich.

Wohnen ist ein Menschenrecht – setzen wir es durch!

Österreich braucht ein individuell einklagbares Recht auf persönlichen Wohnraum[3], wie es beispielsweise in Frankreich oder Schottland existiert. Personen in Wohnungsnot haben ein Recht, von lokalen Behörden eine Wohnung vermittelt zu bekommen. Dieser Rechtsanspruch soll möglichst niedrigschwellig realisiert werden können.

Die vermittelte Wohnung hat qualitativen Standards zu entsprechen, von mietrechtlicher Sicherheit, über dauerhafter Leistbarkeit, notwendiger Infrastruktur hin zu einer Lage, die der eigenen Lebensrealität angemessen ist.

Was zu tun ist

Das Recht auf Wohnraum muss einklagbar sein. Das Menschenrecht auf Wohnen gehört in die Verfassung.

Halten wir Wohnen leistbar – mit begrenzten Mieten & unbefristeten Verträgen

Wohnkosten steigen seit Jahren stärker als Haushaltseinkommen. Bei geringem Einkommen bleibt nach bezahlten Wohnkosten kaum mehr Geld zum Leben übrig. Damit Wohnen für alle leistbar wird, sind die Mieten einzudämmen. Grundsteuer, Haftpflichtversicherung und Hausversicherungen der Eigentümer:innen sollen außerdem nicht mehr den Betriebskosten angerechnet werden. Das Ziel, um nachhaltig stabil wohnen zu können: Haushalte sollen höchstens 1/3 ihrer Haushaltseinkommen für Wohnkosten aufwenden müssen.

In befristeten Mietverträgen ist das Risiko der Wohnungslosigkeit mit eingeschrieben. Einerseits, wenn bestehende Verträge nicht verlängert werden. Andererseits, wenn bei Vertragsverlängerung oder Neuanmietung Mietpreise dem rasant steigenden Marktniveau angepasst werden. Der durchschnittliche Mietpreis inkl. Betriebskosten[4] liegt bei unbefristeten Verträgen bei € 8,40/m², bei befristeten Verträgen bei € 12,20/m². Befristete Mietverträge sind also um 45% teurer. Das entspricht bei 70m²-Wohnungen knapp € 3.200 im Jahr! Das Alter der Mietverträge spielt dabei eine wichtige Rolle: Zwei Jahre alte Verträge sind um 85% teurer als jene, die seit über 30 Jahren bestehen.[5] Konstante Preiserhöhungen betreffen vor allem junge Menschen, denn über 40% der unter 30-Jährigen leben in befristeten Mietverhältnissen.
Die Anzahl befristeter Mietverträge muss reduziert und die Möglichkeiten für Befristungen müssen eingeschränkt werden. Das sorgt für dauerhaft leistbares Wohnen in sicheren Mietverhältnissen.

Was zu tun ist

- Auf die Mietpreisbremse muss ein echter Mietendeckel, der bei 2% Inflation greift, folgen.
- Unbefristete Mietverträge müssen wieder zur Norm gemacht werden. Jeder Schritt in diese Richtung hilft!

Leistbares Wohnen für die, die es am dringendsten brauchen

Österreich ist beim Thema leistbares Wohnen in einer relativ guten Ausgangssituation. Und wir müssen dafür sorgen, dass das auch so bleibt.

Das Dilemma: Trotz dieser guten Ausgangssituation ist die Zahl der obdach- und wohnungslosen Menschen seit Jahren auf konstant hohem Niveau. Viele, die leistbares Wohnen dringend brauchen, sind vom gemeinnützigen und kommunalen Sektor ausgeschlossen.

— Der gemeinnützige Wohnbau in Österreich muss erhalten und weiter ausgebaut werden.
— Öffentlich geförderte Wohnungen müssen transparent und nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden. Dabei soll die soziale Dringlichkeit des Wohnbedarfs im Fokus stehen.
— Lange Residenzpflichten für den gemeinnützigen Wohnbau sind gegenüber dem Recht auf Wohnen abzuwägen. Bei besonderer sozialer Dringlichkeit braucht es Ausnahmeregelungen.
— Jede zehnte, bei großen Anlage jede zwanzigste, Mietwohnung muss pro neu errichtete geförderte Wohnanlage für Housing First zur Verfügung stehen. Dies betrifft Gemeinden, sowie gemeinnützige und gewerbliche Bauträger, die Wohnbauförderung erhalten.
— Freiwerdende ausfinanzierte und damit besonders günstige gemeinnützige Wohnungen müssen vordergründig für Housing First bzw. für die Wohnungslosenhilfe zur Vergabe angeboten werden.
— Für armutsbetroffene Menschen unüberwindbare finanzielle Hürden zu leistbarem Wohnen müssen abgebaut werden.
— Wohnbeihilfen müssen für Mieter:innen in allen Bundesländern und allen Sektoren am Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Konkrete Vorschläge dazu im Folgenden

Gemeinnütziger Wohnbau hat Priorität

Die Wohnbauförderung muss unbedingt zweckgebunden sein. Mieten werden besonders am privaten Markt teurer, gleichzeitig ist die Nachfrage nach leistbarem Wohnraum ungebrochen hoch. Der gemeinnützige Wohnbau sorgt für ein flächendeckendes Angebot an dauerhaft leistbaren Mietwohnungen. Er muss darum oberste Priorität haben.

Für ein diskriminierungsfreies Wohngemeinnützigkeitsgesetz (WGG)

Laut WGG werden österreichische Staatsbürger:innen beim Zugang zum gemeinnützigen Wohnbau vorrangig behandelt. Das ist verfehlt.

Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind so oftmals auf den privaten Wohnsektor limitiert. Damit steigt das Risiko von Wohnungslosigkeit, prekäre und überteuerte Wohnverhältnisse sind keine Seltenheit, und Menschen können sich nicht dort niederlassen, wo es für sie Arbeit gibt.

Diskriminierende Regelungen im WGG
- führen zu (fortlaufenden) existenziellen Krisen bei betroffenen Menschen.
- stehen Inklusion und Teilhabe unabhängig vom Einkommen im Weg.
- bedeuten für die Wirtschaft Nachteile: Menschen wird es so erschwert, sich dort niederzulassen, wo sie am Arbeitsmarkt gebraucht werden. Das verhindert den Einstieg in die Erwerbsarbeit, insbesondere in Mangelberufen.

Ausschlusskriterien erhöhen das Risiko von Wohnungslosigkeit

Zugangskriterien zu geförderten Wohnungen sind je nach Bundesland und Gemeinde unterschiedlich. Manche Regelungen erhöhen für bestimmte Gruppen das Risiko von Wohnungslosigkeit.

Für Menschen mit anerkanntem Aufenthaltsrecht dürfen Aufenthaltsdauer oder Sprachkenntnisse keine Ausschlusskriterien zum geförderten Wohnbau sein. Nicht für alle Berufe sind Deutschkenntnisse notwendig. Doch um arbeiten zu können, müssen Menschen wohnen.

Ebenso wenig dürfen Menschen, die in der Vergangenheit ihre Wohnung verloren haben, mit Ausschluss von gefördertem Wohnraum sanktioniert werden.

Benachteiligte Gruppen brauchen Angebote, die sie bei der Suche nach leistbaren Wohnungen unterstützen.

Was zu tun ist

- Wiedereinführung der zweckgebundenen Wohnbauförderung zugunsten des gemeinnützigen Wohnbaus
- Soziale Dringlichkeit bei der Vergabe von geförderten Wohnungen priorisieren
- Eine Quote an Wohnungen pro geförderte Wohnanlage für Housing First zur Verfügung stellen
- Regelungen im WGG, die Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft benachteiligt behandeln, streichen
- Aufenthaltsdauer oder Sprachkenntnisse aus den Kriterien zur Vergabe von geförderten Wohnungen auf Landes- und Gemeindeebene streichen

Sorgen wir für Einkommen, die Wohnen bezahlbar machen

Die besten Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit wirken nur bedingt, wenn gleichzeitig bei Einkommen gekürzt wird.

Leistbares Wohnen bedeutet, dass Menschen nach bezahlten Wohnkosten noch genug Geld fürs Leben übrig haben. Wieviel das genau bedeutet, kann den Referenzbudgets der Schuldenberatungen.[6] entnommen werden. 2025 waren monatlich für eine Einzelperson etwa € 995 nach Abzug der Wohnkosten notwendig, um die grundlegendsten Kosten des Lebens und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe abzudecken.

Sowohl Erwerbstätige und vor allem Menschen, die auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe angewiesen sind, liegen schon jetzt oft weit unter dieser Einkommensgrenze. Weitere Kürzungen dieser Leistungen würden Wohnungslosigkeit produzieren.

Was zu tun ist

- Mindestlöhne, Transferleistungen und Sozialhilfe sowie die Definition von leistbarem Wohnen sollten sich an den Referenzbudgets der asb Schuldenberatung orientieren.
- Die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes muss erhöht werden.
- Der Zugang zu Leistungen aus dem Sozialsystem muss transparent und niederschwellig möglich sein.

Wohnungen sind zum Wohnen da: Leerstand mobilisieren

653.000 Wohnungen sind in Österreich ohne Haupt- oder Nebenwohnsitzmeldung. Das sind 13% aller Wohnungen![7] In Innsbruck, wo Überprüfungen vor Ort stattfinden, spricht man von einer Quote von 8,7%.[5] Eine weitere Studie kommt mit anderer Berechnung immerhin noch auf 230.000 Wohnungen.[8]

Der Bund muss Möglichkeiten zur einheitlichen Leerstandserhebung bereitstellen. Diese sind auf regionale/lokale Gegebenheiten anzupassen. Die Erhebung stellt vermutlich den schwierigsten Schritt dar. Danach müssen Länder und Gemeinden mit zweckgebundenen Leerstandsabgaben oder innovativen Konzepten dafür sorgen, dass vorhandener Wohnraum genutzt werden kann.

Was zu tun ist

- Wohnungsleerstand bundesweit einheitlich erheben
- konkrete Maßnahmen zur Mobilisierung von leerstehendem Wohnraum, insbesondere durch Leerstandsabgaben, umsetzen

Wohnen sichern – Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern

Im Jahr 2024 wurden 4.997 Delogierungen durchgeführt.[9] Erstmals nach Delogierungsstopp aufgrund von Mietrückständen während der COVID-19 Pandemie stieg die Zahlen an Räumungen damit über das Niveau von 2019 an. Dass die Zahlen trotz offensichtlicher Erfolge des **WOHN**SCHIRM ansteigen, ist alarmierend.

Wohnungssicherung geht über das wichtige Feld der Delogierungsprävention hinaus. Die vielfältigen strukturellen Ursachen, die einem drohenden Wohnungsverlust vorangehen, müssen mit behandelt werden.

Nachhaltige Wohnungssicherung braucht frühzeitige Intervention, Beratungsangebote mit niederschwelligem Zugang auch in Gebieten außerhalb von Hauptstädten, zeitnahe Erstgespräche und vor allem zielgruppenorientierte Angebote (Digitalisierung als Ergänzung, Dolmetsch-Angebote, spezifische Angebote für junge Erwachsene, LGBTQI+ Personen, etc.).

Lässt sich ein Wohnungsverlust nicht vermeiden, muss die Dauer der Wohnungslosigkeit so kurz wie möglich gehalten werden – durch flächendeckende Housing First Angebote.

Was zu tun ist

- sozial- und wohnpolitische Ursachen von Armut und fehlendem leistbaren Wohnraum beseitigen
- flächendeckende, zielgruppenorientierte Angebote zur Wohnungssicherung dauerhaft absichern

Referenzen:

[1] Statistik Austria (2018): Eingliederungsindikatoren 2017. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich, S. 48ff.
[2] ÖAW: Machbarkeitsstudie zum Thema Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäres Wohnen < https://www.oeaw.ac.at/isr/wohnen-und-urbane-oekonomie/datenbasis-obdachlosigkeit-wohnungslosigkeit>
[3] FEANTSA (2023): Ten Facts you need to know about homelessness and Human Rights. <https://www.feantsa.org/public/user/Resources/News/2023/10_facts_you_need_to_know_about_homessless__human_rights_v2.pdf>
[4] Statistik Austria (2024): Monatliche Durchschnittsmiete bleibt im 4. Quartal 2023 bei 9,5 Euro pro Quadratmeter. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/03/20240319Wohnen2023Q4.pdf>
[5] Statistik Austria (2023): Wohnen 2022. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, S. 52.
[6] Dachorganisation asb Schuldenberatung: Referenzbudgets 2025. <https://referenzbudgets.at/aktuelle-referenzbudgets>
[7] Der Standard (2023) bzw. Putschögl, Martin / Zoidl, Franziska: Das Problem mit den Leerstandsgaben, 16.03.2023 < https://www.derstandard.at/story/3000000190297/zahlen-fuer-den-leerstand>, eingesehen am 2.04.2024.
[8] Greenpeace (2024): Wohnungsleerstand in Österreich. Greenpeace-Analysen zu Leerstand und Leerstandsabgaben.
[9] Bundesministerium für Justiz: Daten zu Räumungsexekutionen aus dem Berichtsjahr 2024.

weitere Quellen:

BAWO (2024): Wohnen sichern. Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern. <https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2024/05/BAWO-Wohnen-sichern-Obdach-und-Wohnungslosigkeit-verhindern.pdf>
BAWO (2019): Wohnen für alle. Leistbar, dauerhaft, inklusiv. <https://bawo.at/101/wp-content/uploads/2019/12/191107_Bawo_PP_Doppelseiten.pdf>
FEANTSA & Foundation Abbé Pierre (2024): Ninth overview of housing exclusion in Europe. <https://www.feantsa.org/public/user/Activities/events/2024/9th_overview/Rapport_-_EN.pdf>

Notizen

über die BAWO

Die BAWO setzt sich für die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für leistbares, dauerhaftes und inklusives Wohnen für alle ein. Als Dachverband sieht sich die BAWO als politische Interessensvertretung der Wohnungslosenhilfe in Österreich. Mit Publikationen, Vernetzungsarbeit und Fachtagungen entwickelt die BAWO Antworten auf strukturelle Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und treibt fachliche Standards voran. 56 NGOs und 91 persönliche Mitglieder sind Teil der BAWO.
BAWO steht für Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

bawo.at/aktuelles/newsletter

Dranbleiben: Der BAWO Newsletter informiert regelmäßig zu Obdach- und Wohnungslosigkeit in Österreich

bawo.at | BAWO – Wohnen für alle | @bawo-wohnen.bsky.social

Herausgeberin, für den Inhalt verantwortlich:
BAWO – Wohnen für alle
Gerichtsgasse 3/2/3
1210 Wien

gefördert aus Mitteln des
Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

für
Neugierige
Blitzgneißer
Mutige
frisch Gewählte
Geschäftige
Visionärinnen

